

Stenographisches Protokoll

über die

8. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 13. Oktober 1913.

Inhalt.

- Zuschrift des k. k. Bezirksgerichtes Graz um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Viktor Franz. — (Zuweisung an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.)
- Antrag der Abgeordneten Pišek, Dr. Benkovič und Genossen, betreffend die Durchführung der Erleichterungen für die Erteilung von Konzessionen zum Betriebe des Maurer-, Zimmermann-, Steinmetz- und Brunnenmachergewerbes für das flache Land.
- Antrag der Abgeordneten Kollegger, Kessel und Genossen, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Bürgerschule in der Marktgemeinde Eggenberg.
- Antrag der Abgeordneten Josef Džmec und Genossen, betreffend Berücksichtigung der Katecheten bei Verteilung der Teuerungszulagen und bei der Regulierung der Lehrgelalte.
- Antrag der Abgeordneten Pišek, Novak und Genossen, betreffend den Notstand in den Bezirken Gonobitz und Marburg.
- Antrag der Abgeordneten Dr. Puchaz, Schweiger, Tomasič, Riemer, Göllös und Genossen auf Gewährung einer Entschädigung an die durch die Raubtiere im Stub- und Koralpengebiete geschädigten Besitzer.
- Antrag der Abgeordneten Riegler und Genossen, betreffend Erlassung einer Straßenpolizeiordnung in bezug auf die Fahrordnung der Fuhrwerke auf öffentlichen Straßen.
- Antrag der Abgeordneten Prisching und Genossen, betreffs Gewährung von Notstandsunterstützungen an die durch Hagelschlag geschädigten Landwirte von Kraubath, Bezirk Leoben.
- Antrag der Abgeordneten Josef Mosdorfer, Einspinner und Genossen, betreffend Errichtung einer Bürgerschule in der Marktgemeinde Weiz.
- Antrag der Abgeordneten Dermuth, Föest und Genossen wegen Errichtung eines Krankenhauses im politischen Bezirke Murau.
- Antrag der Abgeordneten Dpiž, Föest und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landes-Siechenanstalt in der Stadt Judenburg.
- Antrag der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Einspinner und Genossen, betreffend die sogenannten Sanierungsverhandlungen mit der k. k. priv. Südbahngesellschaft.
- Antrag der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Teilung des Sanitätsdistriktes St. Ruprecht an der Raab.
- Antrag der Abgeordneten Einspinner, Karl Pfersch und Genossen, betreffend Notstandsangelegenheiten im Bezirke Feldbach.
- Petitionen.
- Auflage.
- Rückziehung des Berichtes des Landes-Ausschusses, Beilage 52, über die Anträge, Landtagsbeilagen Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 der IV. Session der IX. Landtagsperiode und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 738, 746 und 740 der IV. Session der IX. Landtagsperiode, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Rottenmann, Graz rechtes Murufer, Graz für den Umgebungsbezirk, Marburg, Mürzzuschlag, Trisail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz.
- Interpellation der Abgeordneten Brandl, Schwab und Genossen an den Statthalter, betreffend die Raubtierplage in der Weststeiermark.

- Anfrage der Abgeordneten Otter, Wastian, Einspinner, Pichler und Genossen an den Statthalter, betreffend den Vorgang bei Zuerkennung von Dienstalterszulagen für Lehrer im Landeslehrkate.
- Anfrage der Abgeordneten Horvatek und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Teilnahme der Schüler der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof an dem am 28. September in Graz abgehaltenen Agrariertage.
- Anfrage der Abgeordneten Horvatek und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend das Verhalten des Kurhausdirektors von Sauerbrunn Herrn Doktor Franz Mulli.
- Anfrage der Abgeordneten Sedlaczek und Genossen an den Statthalter, betreffs der Errichtung einer polnischen Bergakademie in Krakau.
- Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abgeordneten Dr. Verstovsek.
- Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. v. Raan.
- Wahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. v. Raan.
- Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:
1. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse in Graz und dessen dauernde Widmung zur Unterbringung des steierm. Gewerbeförderungs-Institutes (Beilage Nr. 28);
 2. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die definitive Systemisierung der Gärtnerstelle an der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof (Beilage Nr. 45);
 3. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Gehaltsregulierung der an den öffentlichen Krankenhäusern in Steiermark außer Graz angestellten Ärzte (Beilage Nr. 111);
 4. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffs Besetzung der Direktorstelle am statistischen Landesamte (Beilage Nr. 113);
 5. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark (Beilage Nr. 230);
 6. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend Systemisierung einer Dienerstelle an der Landes-Kunstschule (Beilage Nr. 240);
 7. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Schagergutes in Weng und den Verkauf des Kernauergutes sowie der Grabnerwiese in Weng (Beilage Nr. 276);
 8. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Einführung einer Landes- und Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften (Beilage Nr. 278);
 9. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Verteilung von unverzinslichen Weingartendarlehen (Beilage Nr. 279);
 10. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Aufnahme eines Landesanlehens (Beilage Nr. 285);
 11. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf eines Teiles der früher für das Allgemeine Krankenhaus in Verwendung gestandenen Liegenschaften, N.-Nr. 15 in der Paulustorgasse (Beilage Nr. 286);
 12. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Tuberkulosenheilstätte für Frauen und Kinder (Beilage Nr. 287);
 13. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, beziehungsweise Gnadenpensionen an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen (Beilage Nr. 289) — an den Finanz-Ausschuß;
 14. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffs Zuweisung des Genossenschaftsinstruktors Fritz Schneider zur Dienstleistung beim Verbande der Murbodner Viehzuchtgenossenschaften (Beilage Nr. 46);
 15. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffs Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtsprache in St. Georgen an der Südbahn (Beilage Nr. 280) — an den Landes-Kultur-Ausschuß;
 16. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Landes-Nebenmusteranlage im Gerichtsbezirke Schönstein (Beilage Nr. 70) — an den Weinbau-Ausschuß;
 17. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Trennung der Marktgemeinde Eggenberg (Beilage Nr. 102);
 18. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Stainach im Gerichtsbezirke Fröding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 220);
 19. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Nigen im Gerichtsbezirke Fröding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 221);
 20. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbach im Gerichtsbezirke Fröding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 161 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 222);
 21. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Einach im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 260 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 226);
 22. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Padeschberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 274 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 237);
 23. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Peterdorf im Gerichtsbezirke Oberwölz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent im Jahre 1913 (Beilage Nr. 238);

24. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesekentwurfes, betreffend die Abänderung der von der Kompetenz zur Bewilligung der Einhebung von Gemeindefuzschlägen zu den direkten Steuern handelnden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G. u. B.-Bl. Nr. 105 (Beilage Nr. 239)
— an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten;
25. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Reorganisation der Landes-Berg- und Hüttenchule in Leoben (Beilage Nr. 110);
26. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend einige Abänderungen des Statutes für die Landes-Kunstschule (Beilage Nr. 114);
27. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend Verlängerung der Wirksamkeit der historischen Landes-Kommission für Steiermark (Beilage Nr. 115)
— an den Unterrichts-Ausschuß;
28. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend das Armenwesen im Jahre 1910 (Beilage Nr. 245)
— an den kombinierten Finanz- und Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Eugen Negri und Dr. Karl Verstovšek.

Von seiten der Regierung anwesend: Seine Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig, ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Das k. k. Bezirksgericht in Strassachen, Abtheilung V, hat unterm 10. Oktober l. J. einen Akt übermittelt mit folgendem Schlusssatz (liest):

„Der steiermärkische Landtag wurde nunmehr mit kaiserl. Patent vom 7. Oktober 1913 für den 10. Oktober 1913 einberufen. Es stellt demnach das gefertigte Bezirksgericht die Anfrage, ob die Zustimmung zu der von Franz Vorber und Heinrich Kreiner beantragten Verfolgung des Herrn Landtagsabgeordneten Viktor Franz erteilt wird?“

Der Akt betrifft Ehrenbeleidigungs-Angelegenheiten.

Es ist bisher in diesem hohen Hause Gepflogenheit gewesen, solche gerichtliche Zuschriften samt dem betreffenden Akte an den Sonderausschuß für Gemeindeangelegenheiten zu leiten und würde ich mir erlauben, die Herren einzuladen, auch in diesem Falle das gleiche vorzuthehren. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte, ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diesen Akt dem Sonderausschuße für Gemeindeangelegenheiten zugewiesen wissen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Die Zuweisung ist beschlossen.

Ich komme nun zur Verlesung der in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge.

Schriftführer Dr. Verstovšek (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Pisek, Dr. Benkovič und Genossen, betreffend die Durchführung der Erleichterungen für die Erteilung von Konzessionen zum Betriebe des Maurer-, Zimmermann-, Steinmetz- und Brunnenmachergewerbes für das flache Land.

Hoher Landtag!

Der hohe Landtag hat schon am 9. November 1908 mit entsprechender Mehrheit beschlossen, daß die obzitierten, gesetzlich gerechtfertigten Konzessionserleichterungen für Gewerbetreibende am Lande von der hohen Landesregierung einzuführen sind.

Obwohl allgemein anerkannt werden muß, daß diese Forderung der ländlichen Bevölkerung nicht nur gerechtfertigt, sondern zufolge der bestehenden Verhältnisse dringend notwendig und unabweisbar ist, hat der steiermärkische Landes-Ausschuß die Durchführung dieses Beschlusses bisher verweigert.

Die Erhaltung und Herstellung der ländlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude wie auch die Beschaffung von reinem und gesundem Trinkwasser ist hierdurch in Frage gestellt, da in mehreren Bezirken des Landes die konzessionierten Gewerbetreibenden obiger Branchen entweder gänzlich fehlen oder zumindest in nicht genügender Zahl vorhanden sind.

Die unbefugten Handwerker, welche für alle an sie gestellten Anforderungen genügende Praxis aufweisen, aber mangels der erforderlichen Barmittel und Kenntnis der deutschen Sprache nicht in der Lage sind, die Prüfung zur Erlangung einer Konzession abzulegen, werden hingegen wohl

mit der Gewerbesteuer bedacht, von der Ausübung ihres Gewerbes aber hintangehalten, da sie von seiten der politischen Behörden und der Gendarmerie stets verfolgt und auf das strengste bestraft werden.

Indem hierdurch das ganze Land, insbesondere aber Untersteier einen unerfesslichen Schaden erleidet, ist es Pflicht, Abhilfe zu schaffen.

Darum stellen die Gefertigten den

Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, im Einvernehmen mit der k. k. Statthalterei den Beschluß des hohen Landtages vom 9. November 1908, betreffend die nach § 6 des Gesetzes vom 26. Dezember 1893, R.-G.-Bl. Nr. 193, zulässigen Erleichterungen für die Erteilung von Konzessionen zum Betriebe des Maurer-, Zimmermann-, Steinmetz- und Brunnenmachergewerbes für das flache Land unverzüglich durchzuführen.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Frz. Pišek.

Dr. Karl Berstovšek.	B. Kovak.
Brečko.	Terglav.
A. Meško.	Dr. Korošec.
Dr. Benkovič.	Josif Dzmeč.“

Schriftführer Dr. Negri (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Kollegger, Resel und Genossen, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Bürgerschule in der Marktgemeinde Eggenberg.

Hoher Landtag!

Der Ortsschulrat der Marktgemeinde Eggenberg hat schon unterm 8. September 1907 dem hohen Landtag ein Ansuchen um die Errichtung einer öffentlichen Bürgerschule in Eggenberg unterbreitet, welches aber bis derzeit noch unberücksichtigt blieb. Schon zur Zeit der Vorlage der in Rede stehenden Eingabe war es ein dringendes Bedürfnis, zur Errichtung eigener Bürgerschulklassen zu schreiten, weil schon damals eine Bevölkerungszahl von 12.000 vorhanden war. Seither ist diese Zahl auf 16.000 gestiegen, und mit ihr auch die Zahl der die Bürgerschulen in Graz besuchenden Kinder. Es besuchen gegenwärtig aus Eggenberg allein 280 Kinder die Grazer Bürgerschulen, und es ist daher zweifellos die Erhöhung

der Beitragsleistung des Bezirkes Graz Umgebung an den Grazer Stadtschulrat von 8000 auf 15.000 K für die Einschulung ortsfremder Kinder für das Schuljahr 1913/14 dem steten Zuwachs ortsfremder Kinder zuzuschreiben.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, der Landes-Ausschuß wird beauftragt, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, womit die Errichtung einer öffentlichen Bürgerschule in Eggenberg bewilligt wird.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Kollegger.

Resel.	Dr. Schacherl.
Albert Horvatek.“	

Schriftführer Dr. Berstovšek (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Josef Dzmeč und Genossen, betreffend Berücksichtigung der Katecheten bei Verteilung der Teuerungszulagen und bei der Regulierung der Lehrergehalte.

Hoher Landtag!

Da in nächster Zukunft eine Gehaltsregulierung für Volks- und Bürgerschullehrer vorgenommen wird und schon für das nächste Jahr Teuerungszulagen beschlossen werden, so halten es die Gefertigten für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß sowohl bei der Anweisung der Teuerungszulagen als bei der definitiven Regelung der Lehrergehalte die Katecheten entsprechend berücksichtigt werden. In vielen Pfarren hat der Katechet an mehreren räumlich weit entfernten Volksschulen den Unterricht zu besorgen, an anderen Orten bestehen mehrere Volksschulen, eventuell Parallelklassen, doch bekommen die Katecheten die Remuneration nur für den Unterricht von der 4. Klasse aufwärts, wobei Parallelklassen in den unteren drei Klassen oder andere Schulen in seinem Pfarrsprengel nicht berücksichtigt werden.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen: „Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, bei der Verteilung der Teuerungszulagen auch die Kate-

cheten entsprechend zu berücksichtigen und sie bei der definitiven Gehaltsregulierung einzubeziehen.

Graz, am 11. Oktober 1913.

Josef Dzmeč.

Dr. Korošec.

Brečko Jakob.

Novak.

A. Meško.

Terglav.

Pišek.

Dr. Fr. Jankovič.

Dr. R. Verstovšek.

Dr. Benkovič."

Schriftführer Dr. Negri (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Pišek, Novak und Genossen, betreffend den Notstand in den Bezirken Gonobitz und Marburg.

Hoher Landtag!

Im Laufe dieses Jahres wurden die Bewohner vieler Gemeinden obgenannter Bezirke mehrmals von verschiedenen Elementarereignissen, insbesondere von Hagel, Überschwemmungen sowie Engerlingen, schwer betroffen. Die meisten müssen infolge der Mißernte das Heu und Lebensmittel kaufen.

Eine Unterstützung ist dringend geboten, daher stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Es sei den so hart betroffenen Besitzern der politischen Bezirke Gonobitz und Marburg auf Grund der bereits durchgeführten amtlichen Schadenerhebungen auch eine entsprechende Unterstützung aus Landesmitteln zu gewähren.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Pišek.

J. Dzmeč.

P. Novak.

J. Brečko.

A. Meško.

Dr. Korošec.

Dr. R. Verstovšek.

A. Terglav.

Dr. Fr. Jankovič."

Schriftführer Dr. Verstovšek (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Puchas, Schweiger, Tomaschitz, Kierner, Göllles und Genossen auf Gewährung einer Entschädigung an die durch die Raubtiere im Stub- und Koralpengebiete geschädigten Besitzer.

Hoher Landtag!

Wie aus den Zeitungen bekannt ist, treiben sich im Stub- und Koralpengebiete seit Monaten Raubtiere herum, die an den Viehbeständen auf den dortigen Almen ganz erheblichen Schaden anrichten. Da wir es im vorliegenden Falle mit einem ganz ungewöhnlichen, aber sehr empfindlichen Schaden zu tun haben, stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, sich mit der hohen Regierung ins Einvernehmen zu setzen, um den durch die Raubtiere angerichteten Schaden zu erheben und den geschädigten Besitzern eine Entschädigung zukommen zu lassen.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Dr. Franz Puchas.

Wagner.

Johann Tomaschitz.

Huber.

Stocker.

Prischnig.

Schoiswohl.

Kern.

Kierner.

Berger.

Schweiger.

Johann Wöls.

Wagner.

Krenn.

Hofsch.

Hans Göllles."

Schriftführer Dr. Negri (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Kiegler und Genossen, betreffend Erlassung einer Straßenpolizeiordnung in bezug auf die Fahrordnung der Fuhrwerke auf öffentlichen Straßen.

Hoher Landtag!

Der § 15 der für Steiermark geltenden Reichsstraßen-Polizeiordnung, L.-G.-Bl. Nr. 71 vom 14. November 1896, bestimmt, daß Fuhrwerke auf öffentlichen Straßen links auszuweichen und rechts vorzufahren haben, während für Kärnten zum Beispiel die gegenteilige Bestimmung zu gelten hat.

Sind solch divergierende Verordnungen im Grenzverkehre im allgemeinen unangenehm und unzweckmäßig, werden sie bei dem heute offenkundig zunehmenden Automobilwesen geradezu gefährlich, weil es beim Durchfahren von Landesgrenzen trotz aufgestellter Tafeln doch leicht übersehen werden kann, daß eine andere Fahrordnung einzuhalten ist.

Wir stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, bei der k. k. Zentralregierung dahin vorstellig zu werden und einzuwirken, daß in dieser Richtung eine für das Reich einheitlich geltende Straßenpolizeiordnung erlassen werde.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Mois Riegler.

Kern.	Prisching.
Tomaschik.	Joh. Krenn.
Schoiswohl.	Hosch.
J. Kierner.	Wagner.
Huber.	Dr. Franz Puchas.
Schweiger.“	

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Prisching und Genossen betreffs Gewährung von Notstandsunterstützungen an die durch Hagelschlag geschädigten Landwirte von Kraubath, Bezirk Leoben.

Hoher Landtag!

Ende August hat ein schreckliches Hagelwetter einen großen Teil der Gemeinde Kraubath heimgesucht, viele Besitzer, darunter gar manche schwer verschuldete und arme Pächter, wurden so geschädigt, daß zu befürchten ist, daß selbe dem wirtschaftlichen Ruin verfallen würden, wenn ihnen nicht Hilfe zuteil wird.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, daß aus Landesmitteln den schwer geschädigten Landwirten schleunigst eine Notstandsaushilfe gewährt werde.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Prisching.

Schoiswohl.	Joh. Krenn.
Johann Tomaschik.	Huber.
Schweiger.	Wagner.
M. Riegler.	Hosch.
Dr. Fz. Puchas.	Johann Wöls.“

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Josef Mosdorfer, Einspinner und Genossen, betreffend Errichtung einer Bürgerschule in der Marktgemeinde Weiz.

Hoher Landtag!

Nachdem die Errichtung einer Bürgerschule in der Marktgemeinde Weiz zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, so stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„In der Marktgemeinde Weiz hat eine Bürgerschule errichtet zu werden.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Josef Mosdorfer.

Anton Otter.	Welisch.
Dermuß.	Tunner.
B. Capra.	Leopold Fessler.
Dr. H. Winter.	Einspinner.
Franz Neger.	Kratter.
Krebs.	J. Drnig.
Ant. Werba.“	

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dermuß, Föest und Genossen wegen Errichtung eines Krankenhauses im politischen Bezirke Murau.

Hoher Landtag!

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß in Steiermark viel zu wenig Krankenhäuser sind. Namentlich ist im politischen Bezirke Murau die Errichtung eines Krankenhauses sehr notwendig, da der ausgedehnte Bezirk größtenteils ohne Bahnverbindung, daher der Transport der Kranken in die weit entfernten Krankenhäuser teuer und oft undurchführbar ist, weshalb die Gefertigten den

Antrag:

stellen:

„Der hohe Landtag beschließe, der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die Erhebungen wegen Errichtung eines Krankenhauses im politischen

Bezirke Murau in Angriff zu nehmen und dem hohen Landtage darüber in der nächsten Session Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.'

Graz, am 11. Oktober 1913.

Der muß.

Seidler.	Dpiž.
Foest.	Dr. Negri.
Sedlaczek.	Karl Pferschy.
Drnig.	Heinrich Bastian.
Leopold Fessler.	Ant. Werba.
Größwang.	Franz Neger.
Gerlig.	Kratter.
H. Bührlen.	Reiter.
Welisch.	F. Pichler.
	B. Capra."

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dpiž, Foest und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landes-Siechenanstalt in der Stadt Judenburg.

Hoher Landtag!

Mit Rücksicht auf den herrschenden Platzmangel in allen Landes-Siechenanstalten, durch welchen es verursacht wird, daß bereits erteilte Ausnahmsbewilligungen oft erst nach Ablauf langer Zeit tatsächlich durchgeführt werden können und mit Rücksicht darauf, daß sich die Errichtung einer neuen Landes-Siechenanstalt in der Stadt Judenburg infolge seiner geographischen Lage am Zusammenflusse mehrerer großer und volkreicher Talzüge und inmitten einer dichtbevölkerten industriereichen Gegend ganz besonders eignet, stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, betreffs der Errichtung einer Landes-Siechenanstalt in Judenburg Erhebungen zu pflegen und hierüber in der nächsten Session Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.'

Graz, am 11. Oktober 1913.

Egid. Dpiž.

Der muß.	B. Franz.
Heinr. Welisch.	Leop. Fessler.
Ant. Werba.	Reiter.
M. Stallner.	Foest.
Franz Neger.	Klammer.
Kern.	A. Langer.

Rodolitsch.

Attems.

Sedlaczek.

Kratter.

Tunner.

Dr. Negri.

Graf Woracziczky.

Jos. Mosdorfer.

B. Capra.

H. Bührlen.

Enobloch."

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. von Hofmann, Einspinner und Genossen, betreffend die sogenannten Sanierungsverhandlungen mit der k. k. priv. Südbahngesellschaft.

Hoher Landtag!

Die gefertigten Abgeordneten stellen den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, bei den die Ordnung der Südbahnverhältnisse betreffenden Verhandlungen keinesfalls den gegenwärtig bestehenden, Verkehr und Industrie der Alpenländer in schwerster Weise einseitig belastenden außerordentlichen Tarifzuschlag weiter zu bewilligen.

Die k. k. Regierung wird weiters dringend er sucht, bei den erwähnten Verhandlungen mit der k. k. priv. Südbahngesellschaft die für die Eisenbahnverkehrsverhältnisse des Landes Steiermark unbedingt notwendige und auch im Lebensinteresse der k. k. Staatsbahnen gelegene Reagierung der Strecke Graz—Leoben zur Beschlußfassung zu bringen.'

Graz, am 11. Oktober 1913.

Dr. Hofmann.

Emil Sedlaczek.	Reiter.
Frz. Pichler.	Franz.
Krebs.	Einspinner.
B. Capra.	Karl Pferschy.
Frz. Neger.	Anton Werba.
Hermann Bührlen.	Emil Seidler.
Dr. H. Winter.	Kaan.
Tunner.	Jos. Mosdorfer.
	Dr. Negri."

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Teilung des Sanitätsdistriktes Sankt Ruprecht an der Raab.

Hoher Landtag!

Wenn der Sanitätsdistrikt St. Ruprecht an der Raab nicht geteilt wird, ist es unmöglich, einen zweiten Arzt in diese Marktgemeinde zu bringen. Ein solcher ist jedoch dringend nötig, es seien im nachstehenden die Gründe hiefür angegeben:

Der Distrikt umfaßt trotz der erfolgten Abtrennung von drei Gemeinden noch immer 15 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von zirka 6000 Seelen.

Der Gebietsumfang des jetzigen Distriktes ist derart groß, daß es einem Arzte absolut unmöglich ist, neben seiner Praxis und seinen sonstigen Verpflichtungen, als Totenbeschau u., den geforderten Ansprüchen der Bevölkerung zu genügen.

Die Marktgemeinde St. Ruprecht an der Raab, die bisher einen lebhaften Fremdenverkehr pflegte und dafür große finanzielle Opfer ausbrachte, empfindet den Abgang des zweiten Arztes am nachteiligsten, denn für sie bedeutet die Erhaltung des Fremdenverkehrs, wozu gerade die Ärztefrage von Wichtigkeit ist, eine Lebensfrage.

Der Nachteil, den die finanziell nicht günstig stehende Gemeinde St. Ruprecht an der Raab durch die Entziehung eines zweiten Arztes erleidet, ist in der Tat beträchtlich, es ist daher gerechtfertigt, auch liegt dies im öffentlichen Interesse, wenn der Sanitätsdistrikt St. Ruprecht an der Raab geteilt wird.

Die Gefertigten stellen sohin den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Sanitätsdistrikt St. Ruprecht an der Raab wird geteilt und wird der Landes-Ausschuß beauftragt, alle Vorkehrungen noch vor dem Sommer 1914 durchzuführen.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Einspinner.

Anton Otter.	Anton Werba.
Leopold Fesler.	Dermuz.
Franz Pichler.	Sedlaczek.
Anton Krebs.	Josef Mosdorfer.
Wenzel Capra.	Kratter.
Franz Neger.	Dr. R. Winter.
Reitter.	Dr. Negri.
Karl Pferschy.	Tunner.
Emil Seidler.“	

Schriftführer Dr. Verstovšek (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Einspinner, Karl Pferschy und Genossen, betreffend Notstandsangelegenheiten im Bezirke Feldbach.

Hoher Landtag!

Am 5. September l. J. ging über das Gemeindegebiet der Stadt Feldbach ein furchtbares Hagelwetter nieder, welches schweren Schaden anrichtete. Der von beeideten Sachverständigen festgestellte Schaden beträgt über 40.000 K. Unter den Geschädigten befinden sich viele arme Leute, denen durch dieses Unwetter die für den Winter nötigen Lebensmittel vernichtet wurden. Hier eingzugreifen ist zweifellos Pflicht der Öffentlichkeit; es stellen daher die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Für die durch das Hagelwetter am 5. September 1913 schwer geschädigte Bevölkerung der Gemeinde Feldbach wird aus Landesmitteln ein entsprechender Unterstützungsbeitrag gewidmet. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, sofort das bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Feldbach erliegende Erhebungsoperat einzuholen und im eigenen Wirkungskreise einen entsprechenden Beitrag zur Verteilung an die Bedürftigsten zu bringen.“

Graz, am 26. September 1913.

Einspinner.

Kratter.	Sedlaczek.
Anton Otter.	Krebs.
Leopold Fesler.	B. Capra.
F. Pichler.	Tunner.
Dr. R. Winter.	Franz Neger.
Dr. Negri.	Karl Pferschy.
Dermuz.	Ant. Werba.
Reitter.	Josef Mosdorfer.
Emil Seidler.“	

Landeshauptmann: Diese 13 Anträge, die soeben zur Berlesung gelangt sind, werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Es ist wieder eine große Anzahl von Petitionen eingelangt, die zur Zuweisung gelangen müssen.

Dem Finanz-Ausschuße beantrage ich zu zuweisen (liest):

„Petition Nr. 436, des Anton Kraus, Landes-Rechnungsrates i. R. in Graz, um Zuerkennung der 4. Gehaltsstufe seines Ranges. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 437, des Josef Auer, landschaftl. Bezirkstierarztes in Trofaiach, um Zuerkennung seiner definitiven Anstellung. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 438, der landschaftlichen Hauswache, um die Gleichstellung mit den definitiven Amtsdienern. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 439, des Franz Fuchs, landschaftl. Hausarbeiters, um Verleihung einer definitiven Dienststelle. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 440, des Oskar Daut, Fachlehrers an der Bürgerschule in Fürstenfeld, um Gewährung einer Personalzulage. (Überreicht durch Abgeordneten Pferschy.)“

„Petition Nr. 441, des Karl Eberhardt, Bürgererschullehrers in Fürstenfeld, um Gewährung einer Personalzulage von 400 K. (Überreicht durch Abg. Pferschy.)“

„Petition Nr. 442, der Marie Kammler, landschaftlichen Bezirkstierarztes-Witwe in Gleisdorf, um Zuerkennung der höheren Witwenpension und Erziehungsbeiträge. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 443, der Marie Krauß, Hilfsbeamtenwitwe in Laibach, um Gewährung einer lebenslänglichen Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 444, des Hans Moser, landschaftl. Hilfsbeamten der Bierauslage, um Ernennung zum Kanzlisten. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 445, der Karoline Hartamp, Landesackerbauschullehrers-Witwe in Graz, um Erhöhung der Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 446, der Sophie Globotschnig, Lehrerin in Gills, um Vollaufrechnung der Unterlehrerinnenjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 447, des Otmars Praszak, Bürgereschuldirektors in Gills, um Vollaufrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 448, des Ferdinand Wolf, Lehrers in Gills, um Vollaufrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 449, der Auguste Uröug, Lehrerin in Gills, um Aufhebung der Drittelung der Unterlehrerinnenjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 450, des Franz Zeder, Oberlehrers in Gills, um Vollaufrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 451, des Ferdinand Porsche, Lehrers in Gills, um Vollaufrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 452, des Josef Hölzl, steierm. Landesbürgererschullehrers in Gills, um Verleihung einer Personalzulage von 400 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 453, des Karl Lechner, Landesbürgererschullehrers in Gills, um Gewährung einer Personalzulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 454, des Benedikt Groller, Oberlehrers in Gills, um Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Negri.)“

„Petition Nr. 455, des Gemeindeamtes Zellnitz a. d. Drau, um Subventionierung einer zu errichtenden Wasserleitung. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

„Petition Nr. 457, des Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn in Wien, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

„Petition Nr. 459, der Sträflingsfürsorge-Vereine in Graz und Marburg, um eine Unterstützung für das Jahr 1913. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

„Petition Nr. 460, der Johanna Auer, landschaftl. Bezirkstierarztes-Witwe in Graz, um Zuerkennung der den Witwen nach Landesbeamten zukommenden Pension und von Erziehungsbeiträgen für ihre Kinder. (Überreicht durch Abg. Sedlaczek.)“

„Petition Nr. 461, des Franz Spann, Hauschmiedes in der Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt in Graz, um definitive Anstellung. (Überreicht durch Abg. Hagenhofer.)“

„Petition Nr. 462, der Christine Menninger, Lehrerin i. R. in Graz, um Gewährung einer Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 463, der Mathilde Schott, Lehrerin i. P. in Scheronnitz in Oberkrain, um eine Teuerungszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 464, der Teilnehmer an dem Zeichenlehrerkurse für gewerbliche Fort-

bildungsschulen an der k. k. Staatsgewerbeschule in Graz, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 465, des Deutschen Schulvereines in Wien, um Gewährung eines Förderungsbeitrages für das Jahr 1914. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 466, des Anton Terstenjak, Lehrers i. R. in Pettau, um Erhöhung seines Ruhegehaltes. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 467, des Ausschusses des Privat-Pensions-Institutes für Witwen und Waisen der Volksschullehrer in Steiermark, um Bewilligung einer Unterstützung für das Jahr 1913. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 469, des Dr. Josef Tins, Professors an der Landesoberrealschule in Graz, um Einrechnung seiner Supplentenjahre zwischen Doktorat und Lehramtsprüfung in die aktive Dienstzeit. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 470, des Unterstützungsfonds der deutschen Universitäts-Studenten, um eine Subvention für das Jahr 1913. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 471, des Vereines „Deutsche Mensa academica“ in Wien, um eine Subvention für das Jahr 1913. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 472, der Anna Plammer, Landeshilfsämter-Hilfsbeamten-Witwe in St. Peter bei Graz, um Gewährung einer Gnadenpension und eines Erziehungsbeitrages für ihren mj. Sohn Josef Plammer. (Überreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 473, der Theresie Weszther, Landes-Rechnungs-Hilfsbeamten-Witwe in Bad Neuhaus, um dauernde Gewährung und Erhöhung ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 475, der Emma Gorisek, Distriktsarzteswitwe in Maria-Rast, um eine Gnadenpension. (Überreicht durch Abg. Dr. Berstovsek.)“

„Petition Nr. 476, des Anton Paul, Landesbürgererschuldirektors in Gilli, um Bewilligung zur Einrechnung seiner Personalzulage von 600 K in den seinerzeitigen Pensionsbezug, eventuell um Zuerkennung der künftigen Gehaltsregulierungsvorteile. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 477, des Franz Selinsek in Steindorf, Gemeinde Monsberg, ehemaligen Schülers der Landesrealschule in Unterrann, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dzmeč.)“

„Petition Nr. 478, der Emilie Kastellig, Lehrerin in Leibnitz, um Anrechnung ihrer Dienstzeit vom 1. Juni 1889 bis 1. Juli 1899 behufs Erlangung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Fessler.)“

„Petition Nr. 479, des Ortschulrates in Gams bei Marburg, um Gehaltsregulierung der Lehrerschaft und Versetzung der Schule Gams bei Marburg von der II. in die I. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Neger.)“

„Petition Nr. 480, der Gemeinde Gams bei Marburg, um Gehaltsregulierung der Lehrerschaft und Versetzung der Schule Gams bei Marburg von der II. in die I. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Neger.)“

„Petition Nr. 481, des Franz Waldhaus, Oberlehrers in Windischgraz, um Aufhebung der Drittelung seiner Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Langer.)“

„Petition Nr. 482, des Ortschulrates Breitenfeld und der Gemeinden Breitenfeld, Lembach und Stang, um Einreihung der Volksschule in Breitenfeld in eine höhere Gehaltsstufe. (Überreicht durch die Abg. Wagner, Stocker und Arenn.)“

„Petition Nr. 483, des Ortschulrates Altenmarkt bei Fürstenfeld, um Einreihung der Schule Altenmarkt in die II. Ortsklasse. (Überreicht durch die Abg. Wagner, Arenn und Stocker.)“

„Petition Nr. 484, der Schulgemeinde Gabersdorf, um Versetzung der dortigen Volksschule aus der III. in die II. Ortsklasse. (Überreicht durch Abg. Dr. Puchas.)“

„Petition Nr. 485, der Leopoldine Bouvier, Lehrersgattin in Graz, um Dienstzeiteinrechnung für die Pension. (Überreicht durch Abg. Dr. Puchas.)“

„Petition Nr. 486, der Kunigunde Hütter, Landhauswächterswitwe, um eine Gnaden-Witwenprovision und Erziehungsbeitrag für ihren Sohn. (Überreicht durch Abg. Dr. Puchas.)“

„Petition Nr. 487, der Hedwig Ude, gewesenen Arbeitslehrerin in St. Margareten am Silberberg, um gnadenweise Abfertigung. (Überreicht durch Abg. Kiegler.)“

„Petition Nr. 488, der Josefina Gspandl, definitiven Lehrerin in Gamlig, um Aufhebung der

Unterlehrerjahre-Dritteltung. (Überreicht durch Abg. Schweiger.)“

„Petition Nr. 489, der Stadtgemeinde Hartberg, um eine Jahressubvention von 1000 K zu den Kosten der Erhaltung der 4. Klasse und für den französischen Sprachunterricht an der Bürgerschule in Hartberg. (Überreicht durch Abg. Gerlik.)“

„Petition Nr. 490, der Stadtgemeinde Hartberg, um eine Subvention per 400 K für die Erhaltung der Mädchenbürgerschule in Hartberg für das Schuljahr 1913/14. (Überreicht durch Abg. Gerlik.)“

„Petition Nr. 491, der Marktgemeindevertretung Mürzzuschlag, um Gewährung eines unverzinslichen Darlehens oder eines Beitrages für die Kanalisierung in Mürzzuschlag. (Überreicht durch Abg. Werba.)“

„Petition Nr. 492, des Richard Antauer, definitiven Volksschullehrers in Pernegg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Wolfbauer.)“

„Petition Nr. 493, des Alois Kopecky, Oberlehrers in Pernegg, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Wolfbauer.)“

„Petition Nr. 494, der Hedwig Miani, Landesbuchhalterwitwe in Graz, um Erhöhung ihrer Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Moscon.)“

„Petition Nr. 495, des Ärzteverbandes der öffentlichen Krankenhäuser außer Graz, um Erledigung der Petition der Ärzte an den öffentlichen Krankenhäusern Steiermarks um Organisation der Spitäler. (Überreicht durch Abg. Keitter.)“

„Petition Nr. 496, des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, um Aufrechthaltung der Landesumlagen auf die direkten Steuern für Graz in der bisherigen Höhe im Falle der Erhöhung der Landesabgaben. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 497, der Hermine Luschin, definitiven Lehrerin in Graz, um Anrechnung von Dienstunterbrechungen. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 498, der Paula Pampichler, Landes-Gebäudeinspektors-Witwe, um Erhöhung ihrer Witwenpension. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 500, des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Steiermark, um Erhöhung der Landessubvention von 2000 K auf 5000 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 501, der Anna Gyri, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 502, des Albert Pfaller, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 503, des Josef Bucher, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 504, der Wilhelmine Hain, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 505, der Anna Wüch, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 506, des Johann Bürger, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 507, der Henriette Wimbersky, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 508, der Luise Berger, Lehrerin in Frauenberg bei Leibnitz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 509, des Robert Wild, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 510, der Hedwig Fureg, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 511, des Wilhelm Reichmann, Oberlehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 512, des Vinzenz Schuster, Oberlehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 513, der Maria Mazelle, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 514, des Franz Hanselmayer, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 515, der Emilie Edlen v. Blumfeld, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 516, der Anna Mayer, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 517, des Josef Haarl, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 518, des Josef Stangl, Lehrers in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 519, der Anna Kofaly, Oberlehrerin in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 520, der Eugenie Visconti, Lehrerin in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 521, der Ludmilla Stopper, Fachlehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 522, des Franz Schöpfer, Direktors der Mädchen-Bürgerschule in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 523, des Julius Rößl, Oberlehrers in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 524, des Anton Fay, Lehrers in Rankowitz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 525, der Maria Schlosserer, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 526, des August Panholzer, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 527, des Alexander Prinzingger, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 528, des Anton Otter, Lehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 529, des Max Reichl, Lehrers in Voitsberg, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 530, des Friedrich Lang, Oberlehrers in Rainach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 531, des Ludwig Decrinis, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 532, des Hugo Hauser, Oberlehrers in Piber, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 533, des Matthias Schnitzer, Oberlehrers in Rankowitz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 534, des Karl Kriegl, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 535, des Heinrich Neuhold, Lehrers in Mureck, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 536, der Ida Hridel, Fachlehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 537, der Eleonore Reichmann, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 538, der Maria Rößl, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 539, des Karl Kopschitsch, Lehrers in Köflach, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 540, der Adele Barthl, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 541, der Johanna Holzmann, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 542, der Johanna Weinweber, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 543, des Josef Schwarzl, Oberlehrers in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 544, der Franziska Zistler, Lehrerin in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 545, der Helene v. Schwingenschlögel, Lehrerin in Graz, um Gewährung von Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 456, des Marburger Gewerbe-Vereines um Förderung des Eisenbahnprojektes Marburg—Wies. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:)

Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 499, von 340 Gemeinderatswählern in Pettau, um Einführung der geheimen Gemeinderatswahl. (Überreicht durch Abg. Dr. Schacherl und Abg. Horvatek.“ — Zustimmung.)

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 412, der Maria Url, landschaftlichen Aushilfsdienerswitwe in Graz, um Fortbezug der ihr am 18. Februar 1898 bewilligten Gnadengabe von jährlich 240 K. (Überreicht durch Abg. Frhn. v. Moscon.)“

„Petition Nr. 458, des Lukas Grahl, Lehrers i. R. in Marburg, um eine Geldaushilfe zur Deckung von Kurkosten in einem Thermalbade. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

„Petition Nr. 468, der Maria Schwab, Lehrerswaise in Graz, um Gewährung des Fortbezuges und einer kleinen Erhöhung der Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 474, der Anna Schantl, Lehrerswaise in Graz, um Fortbezug ihrer Gnadengabe jährlicher 360 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Aufgelegt wurden heute:

Regierungsvorlage: Gesetz vom über die Ergänzung der Grundbücher durch Aufnahme des öffentlichen Gutes. (Beilage Nr. 259.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bewilligung einer Gnadengabe an die landschaftliche Hufbeschlagsgehilfens-Witwe Maria Molini und an die landschaftliche Veterinär-Professorswaise Albertine Ott. (Beilage Nr. 293.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Anwendung der die Verbesserung der materiellen Bezüge und Vorrückungsverhältnisse der Staatsangestellten betreffenden Bestimmungen der

Dienstpragmatik für die Staatsangestellten auf die Angestellten des Landes. (Beilage Nr. 294.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Anträge Landtagsbeilage Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 der IV. Session der IX. Landtagsperiode und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 738, 746 und 740 der IV. Session der IX. Landtagsperiode, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Rottenmann, Graz rechtes Murufer, Graz für den Umgebungsbezirk, Marburg, Würzzuschlag, Trifail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz. (Beilage Nr. 295.)

Infolge der Einbringung dieser heute aufgelegten Vorlage wird die im Gegenstande bereits im Hause aufgelegte Beilage Nr. 52 zurückgezogen.

Antrag der Abgeordneten Tomajchik, Riemer, Göllles, Huber und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 296.)

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Greith bei St. Marein bei Knittelfeld. (Beilage Nr. 297.)

Antrag der Abgeordneten Riemelmoser und Genossen, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen im Oberlande. (Beilage Nr. 298.)

Antrag der Abgeordneten Kessel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Einsetzung einer ständigen Landeskontrollkommission. (Beilage Nr. 299.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl und Genossen, betreffend Gehaltregulierung oder Gewährung von Teuerungszulagen für die nicht in der Dienstpragmatik inbegriffenen landschaftlichen Diener, Aushilfsdiener, Bediensteten und Arbeiter, einschließlich der Landesforstarbeiter. (Beilage Nr. 300.)

Antrag der Abgeordneten Kessel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Änderung der Wahlordnungen der Gemeinden mit eigenem Statut. (Beilage Nr. 301.)

Antrag der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Kessel und Dr. Schacherl, betreffend die Errichtung einer Erziehungsanstalt für Mädchen, welche der Fürsorgeerziehung bedürftig sind. (Beilage Nr. 302.)

Antrag der Abgeordneten Kessel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Sicherung der Krankheits- und Unfallversicherung sowie der Altersversorgung für die Bezirksstrafeneinräumer und Straßenmeister. (Beilage Nr. 303.)

Antrag der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Kessel und Dr. Schacherl, betreffend Sub-

ventionen für Suppenanstalten an Volks- und Bürgerschulen. (Beilage Nr. 304.)

Antrag der Abgeordneten Schwab und Genossen, betreffend die Nachzahlung der rückständigen Bezirksstraßensubventionen. (Beilage Nr. 305.)

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Dzwald. (Beilage Nr. 306.)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Brandl, Schwab und Genossen, betreffend die Beseitigung des siebenprozentigen Tarifzuschlages der Südbahngesellschaft. (Beilage Nr. 307.)

Antrag der Abgeordneten Berger und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 308.)

Antrag der Abgeordneten Wagner, Riemer, Riegler, Tomajchik, Berger und Genossen, betreffend die Flüssigmachung der vom Landes-Ausschusse nicht ausbezahlten Straßensubventionen an die Bezirke. (Beilage Nr. 309.)

Antrag der Abgeordneten Wagner und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 310.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Verstovšek und Genossen, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an die durch Hagelschlag, Gewitter und Überschwemmungen in den Gerichtsbezirken Mahrenberg, Windischgraz, Schönstein und Oberburg geschädigten Grundbesitzer. (Beilage Nr. 311.)

Antrag der Abgeordneten Huber, Horsch, Gölleß und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 312.)

Es gelangt nun eine Reihe von in der letzten Sitzung übergebenen Interpellationen zur Verlesung:

Schriftführer Dr. **Verstovšek** (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Brandl, Schwab und Genossen an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffend die Raubtierplage in der Weststeiermark.

Im Stub- und Koralpengebiete wird die Bevölkerung seit vielen Monaten durch das Auftreten von Raubtieren in Angst und Schrecken versetzt, da nicht nur ein bedeutender Schaden am Haustierbestande angerichtet wird, sondern auch die beständige Gefahr besteht, daß auch Menschenleben zum Opfer fallen.

Nach dem Urteile erfahrener Jäger sei in der Bekämpfung dieser Plage nicht mit der nötigen Umsicht zu Werke gegangen worden und es sei bei dem bisherigen Vorgehen der gewünschte Erfolg nicht zu gewärtigen.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter die

Anfrage:

1. Welche Vorkehrungen wurden bisher zur Beseitigung der Raubtierplage getroffen?

2. Was ist für die Zukunft beabsichtigt, um noch vor Eintritt des Winters das gewünschte Ziel zu erreichen?

Brandl.

Schwab.

Kanzler.

Riemelmoser."

„Anfrage

der Abgeordneten Otter, Bastian, Einspinner, Pichler und Genossen an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffend den Vorgang bei Zuerkennung von Dienstalterszulagen für Lehrer im Landes-Schulrate.

Im k. k. steiermärkischen Landes-Schulrate herrscht die Gepflogenheit, daß angeforderte Dienstalterszulagen nicht zuerkannt werden, falls ein Disziplinarerkenntnis, ja oft nur eine Rüge des Bezirks-Schulrates gegen den ansuchenden Lehrer vorliegt, möge sich die Disziplinarsache auch auf Dinge beziehen, die mit der Leistung des Lehrers in der Schule in gar keinem Zusammenhange stehen. Eine Entziehung der Dienstalterszulage einzig und allein wegen einer Verurteilung im Disziplinarwege steht im Widerspruche sowohl mit dem Gehalts-Gesetze vom 19. September 1899 als auch mit dem Disziplinar-Gesetze vom 26. August 1904. Das Gehalts-Gesetz knüpft im § 3 die Erlangung einer Dienstalterszulage **nur** an die Bedingungen, daß die Lehrperson 1. definitiv angestellt sei, 2. daß eine fünfjährige ununterbrochene Dienstleistung vorliege und 3. daß diese Dienstleistung von entsprechendem Erfolge begleitet sei. Sind also diese, und zwar nur diese Bedingungen vorhanden, so muß die Dienstalterszulage bewilligt werden. Dabei ergibt sich aus dem Geiste des Gesetzes wohl klar genug, daß der „befriedigende Erfolg“ sich doch auf nichts anderes als auf die Tätigkeit des Lehrers beim Unterrichte in der Schule beziehen kann. Dieser Erfolg ist sicher nachgewiesen, wenn die Zuerkennung der Dienstalterszulage vom Bezirks-, beziehungsweise Stadtschulrate warm befürwortet wurde, wie dies bei mehreren vom Landes-Schulrate abgewiesenen Zulagenwerbern tatsächlich der Fall war. Disziplinarvergehen sind einzig und allein nach den Bestimmungen des Disziplinar-Gesetzes vom 26. August 1904 zu behandeln. Im § 19 dieses Gesetzes sind die vom Disziplinar-Senate zu verhängenden

Strafen genau festgesetzt. Die Streichung einer Dienstalterszulage ist darin jedoch als Strafe nicht angeführt. Auch enthält das Gesetz keine Bestimmung, daß eine zuerkannte Disziplinarstrafe durch Entziehung von Dienstalterszulagen verschärft werden darf. Aus all dem ergibt sich, daß die eingangs angeführten Erkenntnisse des k. k. Landes Schulrates der gesetzlichen Grundlage entbehren. Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter als Vorsitzenden des k. k. Landes Schulrates folgende

Anfrage:

1. Ist Seine Exzellenz gewillt, im k. k. Landes Schulrate darauf zu dringen, daß bei Zuerkennung von Dienstalterszulagen an Lehrpersonen im Sinne vorstehender Ausführungen in Zukunft vorgegangen werde;

2. wird Seine Exzellenz veranlassen, daß die in letzter Zeit auf Grund der rechtsirrtümlichen Aufassung abweislich entschiedenen Fälle einer neuerlichen Beratung im k. k. Landes Schulrate unterzogen und sodann den Bestimmungen der angeführten Gesetze vom 19. September 1899 und vom 26. August 1904 entsprechend erledigt werden?

Graz, am 11. Oktober 1913.

Heinrich Wastian.

Einspinner.	Feyrer.
Emil Seidler.	Josef Moszdorfer.
Ant. Werba.	Leopold Fekler.
Krebs.	Foest.
Egid. Dpiž.	Tunner.
Reitter.	Fr. Bichler.
B. Capra.	Heinr. Welisch.
Dermutz.	Dr. R. Winter.
Franz Neger.	Gerlik.
Anton Otter.	Emil Sedlaczek."

„Anfrage

der Abgeordneten Horvatek und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Teilnahme der Schüler der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof an dem am 28. September in Graz abgehaltenen Agrariertage.

Es ist ein pädagogischer Grundsatz, daß der öffentliche Unterricht nicht zu politischen, nationalen und religiösen Umtrieben mißbraucht werden darf, sondern daß derselbe vollkommen neutral zu sein hat. Aus diesem Grunde bestehen zahlreiche Vorschriften der Schulbehörden, nach welchen die Teilnahme der Schüler an den politischen und nationalen Veranstaltungen, insbesondere wenn dieselben agitatorische Zwecke verfolgen, verboten ist.

Der am 28. September l. J. in den „Annenjälen“ in Graz abgehaltene Agrariertag war eine hochpolitische Veranstaltung, welche den ausgesprochenen Zweck hatte, die Agitation einzuleiten für die Beibehaltung der hohen Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel und für das Verbot der Einfuhr fremden Viehes und Fleisches. Die Agrarier unter Führung des berichtigten Reichsritters v. Hohenblum wollen die Preise der wichtigsten Lebensmittel hochhalten, wenn möglich noch weiter erhöhen, unbekümmert darum, daß dadurch die Mehrheit der Bevölkerung in der Lebenshaltung sinkt, viele Menschen verkümmern und andere zur Auswanderung gezwungen werden. Durch unsere hohen Zölle auf Lebensmittel und durch die Aufrechterhaltung des Einfuhrverbotes für Vieh und Fleisch wird auch unser industrielles Absatzgebiet immer mehr beschränkt, so daß die Möglichkeit, Arbeit zu finden, fortwährend geringer wird.

Diese traurigen wirtschaftlichen Zustände im Staate aufrechtzuerhalten, ja sogar zu steigern, war der Zweck des Grazer Agrartages, gewiß ein hochpolitischer Zweck. Einestheils um die Versammlung der Agrarier auswärtigen zu helfen, andererseits um die Grottenhofer Ackerbauschüler mit dem Kampfe für hohe Lebensmittelpreise bekannt zu machen, wurden dieselben zum Agrartage geschickt und nahmen an den Tischen Platz. Die jungen Leute, welche zum größten Teile auf Kosten der durch die Wucherzölle geschädigten Bevölkerung von Steiermark studieren, mußten die Hekreden fanatischer Agrarier gegen diese Bevölkerung anhören und hatten auch Gelegenheit, die tätlichen Zusammenstöße der feindlichen Parteien mit anzusehen.

Die Leitung der Ackerbauschule von Grottenhof hat einen groben Mißbrauch ihrer Gewalt zu einem hochpolitischen Zwecke begangen, indem sie die Schüler zum Agrariertage schickte, und dieses grobe Vergehen kann nicht scharf genug gerügt werden.

Daher stellen die Gefertigten an den Landes-Ausschuß die

Anfrage:

1. Ist dem Landes-Ausschuße die Teilnahme der Grottenhofer Ackerbauschüler am Agrartage bekannt?

2. Hat die Leitung der Schule unter Zustimmung des Landes-Ausschusses gehandelt?

3. Wenn ja, womit rechtfertigt er seine Zustimmung?

4. Wenn nein, was gedenkt der Landes-Ausschuß zur Abmündung dieses eigenmächtigen und unpädagogischen Handelns der Anstaltsleitung zu tun und welche Vor-

kehrungen gedenkt er zu treffen, um für die Zukunft derartige Vorkommnisse zu verhindern?

Graz, am 11. Oktober 1913.

Albert Horvatek.

Dr. Schacherl. Kiesel.
Kollegger."

„Anfrage

der Abgeordneten Horvatek und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend das Verhalten des Kurhausdirektors von Sauerbrunn, Herrn Dr. Franz Mulli.

Nicht verstummen wollen die Klagen von Bewohnern von Sauerbrunn über das herrschsüchtige und kindisch-boshafte Verhalten des Herrn Dr. Mulli. Nicht nur, daß er es durch rücksichtsloses Vorgehen verstanden hat, fast sämtliche leitenden Ehrenstellen des Bezirkes an sich zu reißen, übt er durch seine ihm sklavisch ergebenden Werkzeuge eine wahre Schreckensherrschaft in Sauerbrunn aus. Aus diesem Grunde kam es in Sauerbrunn zu argen Reibungen, wie sie durch den im Frühjahr 1910 in Sauerbrunn selbst durchgeführten Riesen-Ehrenbeleidigungsprozeß veranschaulicht wurden. Auch leidet der Ruf und das Gedeihen der seiner Leitung anvertrauten Landesanstalt unter diesen Mißbelligkeiten und den noch sonst üblichen Mißbräuchen, wie sie zum Beispiel bei der Bewirtung des Hotels „Erzherzog Johann“ bekannt geworden sind.

Von einem Ansehen, wie es ein Landesbeamter in seiner Stellung genießen soll, ist bei Dr. Mulli keine Rede. Was als solches betrachtet wird, ist nur Furcht vor seiner Macht und Rache und sklavische Ergebenheit der Beherrschten.

Unter den von Dr. Mulli verfolgten Leuten befindet sich auch ein Schneidermeister namens Johann Widgaj, ein Mann mit zahlreicher Familie. Zuerst jagte Dr. Mulli diesen Mann aus seiner Wohnung, einem ehemaligen Gießstalle, dann nahm er ihm sein Geschäftslokal auf dem Kurhausplatze. Hierauf veranlaßte er einen Cillier Konfektionär, während der Badesaison in Sauerbrunn eine Filiale zu errichten. Weiters verbot er Widgaj und seinen Gehilfen, die Kunden in den landschaftlichen Häusern zu besuchen und endlich verbot er sogar den Anstaltsbediensteten, Kleider der Kurgäste, auch wenn es diese ausdrücklich verlangen, zum Ausbessern, Putzen und Aufbügeln zu Widgaj zu tragen. Der Mann sollte mit seiner Familie ausgehungert und zur Auswanderung aus Sauerbrunn gezwungen werden.

Es ist wohl begreiflich, daß sich ein wie ein Wild gehegter Familienvater zur Wehr setzt und wenn er keinen Erfolg bei seiner Verteidigung sieht, eine unbesonnene Handlung begeht. Da Widgaj's Beschwerden bei den Vorgesetzten des Dr. Mulli gerade so wie die Beschwerden anderer vergeblich waren, ließ sich der arme Mann am 8. Juli d. J. in seiner Verzweiflung hinreißen, Herrn Dr. Mulli auf offener Straße zu ohrfeigen, was selbstverständlich großes Aufsehen erregte. Wir billigen diese Tat nicht und Widgaj wurde dafür auch vom Bezirksgerichte Cilli schwer bestraft, allein wir müssen dem Manne Milderungsgründe zusprechen und Dr. Mulli selbst für die empfangene Ohrfeige verantwortlich machen, weil er Widgaj durch jahrelange Verfolgungen zu dieser Tat getrieben hat.

Für die Landesverwaltung aber fragt es sich, ob ein hoher Beamter, der eine im besten Rufe stehende Landes-Kuranstalt leitet, noch länger dieser Anstalt vorstehen kann, da er einerseits seine Stellung zur Befriedigung seiner Machtgelüste mißbraucht, andererseits aber durch die empfangene Ohrfeige in seiner Ehre tief herabgesetzt erscheint.

Auf vorstehenden Tatbestand gestützt, gestatten sich die Unterfertigten folgende

Anfrage:

1. Sind dem Landes-Ausschuße die durch Herrn Dr. Franz Mulli in Sauerbrunn hervorgerufenen, die Anstalt schädigenden Vorfälle bekannt?
2. Was gedenkt der Landes-Ausschuß zu tun, um in Zukunft solche Vorfälle hintanzuhalten?
3. Findet es der Landes-Ausschuß mit der Standesehre der Landesbeamten vereinbarlich, Herrn Dr. Franz Mulli noch länger als Vorsteher der Kuranstalt Sauerbrunn zu belassen?

Graz, am 11. Oktober 1913.

Albert Horvatek.

Kiesel. Dr. Schacherl.
Mich. Kollegger."

„Anfrage

der Abgeordneten Sedlaczek und Genossen an Seine Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffs der Errichtung einer polnischen Bergakademie in Krakau.

Wie von seiten des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten geplant wird, soll in Krakau eine polnische Bergakademie errichtet und für das Jahr 1914 bereits ein Betrag hiefür in den Voranschlag dieses Ministeriums eingestellt worden sein.

In Österreich bestehen zwei montanistische Hochschulen, und zwar in Leoben und Příbram. Für erstere wurde dankenswerterweise vor wenigen Jahren mit großen Opfern ein neues Gebäude errichtet, welches im Vereine mit den Abteilungen in den früheren Akademiegebäuden allen Anforderungen entspricht und mehr als hinlänglich Raum auch für eine weit größere Hörerzahl bietet als gegenwärtig. Beide montanistischen Hochschulen hingegen sind, was die Dotation der Lehrkräfte, Lehrmittel und Lehrbehelfe, insbesondere Laboratorien und Sammlungen für die einzelnen Lehrkanzeln betrifft, gegenüber anderen montanistischen Hochschulen, zum Beispiel Freiberg in Sachsen, Charlottenburg, Claustal, Aachen u. s. w., in hohem Grade rückständig. Eine dritte Bergakademie, die 1½ Millionen Kronen mindestens, wenn auch nicht gleich jetzt, kosten wird und das Budget jährlich namhaft belastet, ist daher gänzlich überflüssig und steht die Ausgabe für diese im großen Widerspruche mit der von Seiner Excellenz dem Herrn Finanzminister empfohlenen Sparfameit im Haushalte.

Es ist im hohen Grade zu befürchten, daß abgesehen von der Einbuße an Hörern und dem dadurch bewirkten finanziellen Ausfalle für die Hochschule und die Stadt Leoben, die für die montanistischen Hochschulen im Staatshaushalte vorhandenen Mittel auf drei zersplittert werden und daher den Anforderungen, welche die Fortschritte der Wissenschaft und Praxis an eine Hochschule stellen, absolut nicht genügt werden kann.

Der Gegensatz zwischen der Bereitwilligkeit einer hohen Regierung, eine ganz überflüssige Bergakademie in Krakau errichten zu wollen, und ihrer Abgeneigtheit, den ganz unhaltbaren und unzulänglichen Raumverhältnissen an der Grazer Technischen Hochschule sofort und gründliche Abhilfe zu schaffen, muß in Steiermark große Verstimmung hervorrufen.

Infolgedessen stellen die Gefertigten folgende

Anfrage

an Seine Excellenz den Herrn Statthalter:

Ist Seine Excellenz geneigt, bei der hohen k. k. Regierung Vorstellungen wegen der die Montanistische Hochschule in Leoben beeinträchtigenden und diese und die Stadt Leoben empfindlich schädigenden Errichtung einer gänzlich überflüssigen Bergakademie in Krakau zu erheben?

Graz, am 11. Oktober 1913.

Foest.

Der muß.
Emil Seidler.

Franz Pichler.
Lunner.

Größwang.	Hermann Bührlen.
Reitter.	Josef Mosdorfer.
Krebs.	Dr. R. Winter.
Kaan.	Anton Otter.
Dr. Negri.	Johann Gerlich.
Frh. Moscon.	B. Capra.
Ant. Werba.	Franz Meger.
Kodolitsch.	Feyrer.
Frh. Enbloch.	Woracziczky.
Heinr. Welisch.	R. Klammer.
M. Stallner.	Attems.
Ornig.	Lamberg.
E. Opiz.	Karl Pferschy.
Emil Seblaczek.	A. Langer.
Heinrich Wastian.	Kratter.
	Leopold Fessler."

Landeshauptmann: Diese Interpellationen werden an ihre Adressen geleitet werden.

Ich habe bekanntzugeben, daß bei der am 11. Oktober abgehaltenen Sitzung des Finanz-Ausschusses Herr Abg. Einspinner als erster Obmannstellvertreter gewählt wurde.

Ich erlaube mir zu wiederholen — was die Herren vielleicht früher nicht gehört haben —, daß infolge Auflage der Beilage Nr. 295 die bisher aufliegende Beilage Nr. 52:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Anträge Landtagsbeilagen Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 der IV. Session der IX. Landtagsperiode und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 738, 746 und 740 der IV. Session der IX. Landtagsperiode, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Rottenmann, Graz rechtes Murufer, Graz für den Umgebungsbezirk, Marburg, Würzzuschlag, Trifail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz — vom Landes-Ausschusse zurückgezogen wurde.

Wir kommen nun zur Tagesordnung.

Der erste Punkt derselben ist die

Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abgeordneten Dr. Verstovšek.

Ich ersuche die Herren, sich mit Stimmzetteln zu versehen, ich werde dieselben sodann einsammeln lassen. (Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums:)

Bei diesem Wahlgange wurden 59 Stimmzettel abgegeben, 5 davon waren unbeschrieben, es bleiben somit 54 gültige Stimmen übrig. Die Mehrheit ist demnach 28 Stimmen. Mit 54 Stimmen wurde gewählt Herr Abg. Kiegler. (Bravo-Rufe.) Herr

Abg. Kiegler ist noch nicht anwesend im Hause, daher ich den Herrn Abg. Dr. Verstovšek bitte, doch noch als Schriftführer zu fungieren, bis sein Nachfolger eintrifft. Hat das hohe Haus gegen die zeitweise Bestellung des Herrn Dr. Verstovšek etwas einzuwenden? (Rufe: „Rein!“)

Punkt 2 der Tagesordnung ist die Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. v. Kaan.

Ich bitte sich mit Stimmzetteln zu versehen, welche ich sodann einsammeln lassen werde.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums:)

Bei diesem Wahlgange wurden 57 Stimmzettel abgegeben, davon waren 2 unbeschrieben; es verbleiben daher 55 gültige Stimmen, die Mehrheit beträgt 28. Mit 54 Stimmen gewählt erscheint Herr Abg. Wastian, eine Stimme entfiel auf Herrn Abg. Schwab.

Wir gelangen nun zur

Wahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. v. Kaan.

Ich bitte sich mit Stimmzetteln zu versehen, welche ich sodann einsammeln lassen werde.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums:)

Bei diesem Wahlgange wurden 50 Stimmzettel abgegeben. Die Majorität beträgt 26. Mit allen 50 Stimmen erscheint Herr Abg. Langer in den Eisenbahn-Ausschuß gewählt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burggasse in Graz und dessen dauernde Widmung zur Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungsinstitutes. (Beilage Nr. 28.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die definitive Systemisierung der Gärtnerstelle an der Landes-Ackerbauerschule in Grottenhof. (Beilage Nr. 45.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß. (Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Zuweisung des Genossenschaftsinstruktors Fritz Schmitter zur Dienstleistung beim Verbande der Murbodner Viehzuchtgenossenschaften. (Beilage Nr. 46.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Landes-Rebenmusteranlage im Gerichtsbezirke Schönstein. (Beilage Nr. 70.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Weinbau-Ausschuß. (Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Trennung der Marktgemeinde Eggenberg. (Beilage Nr. 102.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von Fejrer: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Reorganisation der Landes-Berg- und Hüttenchule in Leoben. (Beilage Nr. 110.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Hofmann v. Wellenhof: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Unterrichts-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gehaltsregulierung der an den öffentlichen Krankenhäusern in Steiermark außer Graz angestellten Ärzte. (Beilage Nr. 111.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Berstovšek: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Besetzung der Direktorstelle am statistischen Landesamte. (Beilage Nr. 113.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Hofmann v. Wellenhof: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend einige Abänderungen des Statutes für die Landeskunstschule. (Beilage Nr. 114.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Hofmann v. Wellenhof: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Unterrichts-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Verlängerung der Wirksamkeit der historischen Landeskommission für Steiermark.

(Beilage Nr. 115.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Hofmann v. Wellenhof: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Unterrichts-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Stainach im Gerichtsbezirke Erding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 220.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von Fejrer: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Migen im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 160 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 221.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbach im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 161 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 222.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Einach im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 260 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 226.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark. (Beilage Nr. 230.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Padeschberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 274 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 237.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Peterdorf im Gerichtsbezirke Oberwölz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 154 Prozent im Jahre 1913.

(Beilage Nr. 238.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der von der Kompetenz zur Bewilligung der Einhebung von Gemeindezuschlägen zu den direkten Steuern handelnden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G. und B.-Bl. Nr. 105. (Beilage Nr. 239.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Systemisierung einer Dienerstelle an der Landeskunstschule. (Beilage Nr. 240.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Armenwesen im Jahre 1910. (Beilage Nr. 245.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **von Fehrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an einen kombinierten Ausschuß, bestehend aus den Mitgliedern des Finanz-Ausschusses und des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Schagergutes in Weng und den Verkauf des Kernauergutes sowie der Grabnerwiese in Weng. (Beilage Nr. 276.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Franz Graf Attems:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einführung einer Landes- und Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften. (Beilage Nr. 278.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. v. Naan:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Verteilung von unverzinslichen Weingartendarlehen. (Beilage Nr. 279.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Franz Graf Attems:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtssprache in St. Georgen an der Südbahn. (Beilage Nr. 280.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Franz Graf Uttems**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

Abg. **Reisel** (N. W. Graz): Hoher Landtag! Der Punkt 27 der Tagesordnung, Beilage Nr. 280, betrifft den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtssprache in St. Georgen an der Südbahn.

Ich glaube, es dürfte allen Herren bekannt sein, daß es sich hier um einen der Punkte der Vereinbarungen handelt, die zwischen — wem, das weiß ich nicht — getroffen wurden. Ich weiß eben nicht, wer an den Vereinbarungen teilgenommen hat, die getroffen wurden, um die Obstruktion des Slovenski-Klub zu beseitigen. Nun möchte ich auf folgendes aufmerksam machen:

Die Samstag-Nummer des „Grazer Tagblattes“ enthält einen Artikel, in dem wir ob unserer Haltung gegenüber der Biersteuer angerempelt werden und in welchem es heißt, ob es uns Sozialdemokraten nicht bekannt sei, daß der Slovenski-Klub sich nur verpflichtet hat, die Obstruktion insoweit ausgeschaltet zu lassen, als es sich um die Erledigung des bekannten, in den Zeitungen veröffentlichten Programmes handelt. Wäre das Tatsache, so würde der Landtag nicht einmal die Gewähr haben, daß er nach der Erledigung dieses Programmes ungestört weiterarbeiten kann. (Abg. Dr. Schacherl: „Galgenfrist.“) Wenn man nun das Programm betrachtet und sich insbesondere die Biersteuer besieht, die eine ungeheure Belastung der breiten Schichten der Bevölkerung bedeutet, so muß man zu dem Resultate kommen, daß das etwas viel wäre für den ein paar Tage währenden Frieden. Es müßte meiner Überzeugung nach vollständig ausgeschlossen sein, daß Landtagsabgeordnete sich zu solchen Vereinbarungen hergeben. Diese achttägige Tagung ist ein sehr teures Vergnügen für die Bevölkerung und das Land. Ich will nicht untersuchen, ob der Antrag, eine Haushaltungsschule mit slowenischer Unterrichtssprache in St. Georgen zu errichten, sachlich berechtigt ist. Bekanntlich stehen wir hinsichtlich der Schulen überhaupt auf einem von der deutschnationalen Mehrheit verschiedenen Standpunkte, aber meiner Überzeugung nach handelt es sich hier nicht um die Beurteilung der Sachlichkeit des Antrages, sondern um seine politische Bedeutung. Nun soll, wie Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Graf Uttems beantragt hat, der

Bericht wegen Errichtung dieser Haushaltungsschule dem Landeskultur-Ausschusse zugewiesen werden. Für eine Zuweisung vorweg kann man sich meines Erachtens nicht aussprechen, solange nicht vollständige Klarheit herrscht, ob die im „Tagblatt“ enthaltene und von verschiedenen Seiten insgeheim bestätigte Nachricht wahr ist, daß die Vereinbarungen nur für die ganz kurze Session und mit einem ganz bestimmten Programme getroffen wurden. Nachdem ich nicht weiß, wer die Vereinbarungen getroffen hat, nachdem aber laut des aufliegenden Berichtes des Landes-Ausschusses mir erwiesen erscheint, daß das Präsidium des Landtages sich mit an den Vereinbarungen beteiligt hat, weil es sonst ein Initiativantrag eines Abgeordneten und nicht ein Bericht des Landes-Ausschusses sein müßte, der die Errichtung dieser Schule beinhaltet, gestatte ich mir, an Seine Exzellenz den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu stellen, ob es wahr ist, daß die Vereinbarungen von der deutschnationalen Mehrheit mit dem Slovenski-Klub bezüglich Aufgebens der Obstruktion nur für diese kurze Tagungszeit getroffen wurden. Über welche Gegenstände denn? (Abg. Dr. Schacherl macht einen Zwischenruf.) Denn, wie wir wissen, wurde eine Reihe von Berichten des Landes-Ausschusses bereits den Ausschüssen zugewiesen und ist es doch auch notwendig, daß sich die Abgeordneten darüber Klarheit verschaffen, ob auch diese zugewiesenen Berichte noch verhandelt werden können, ob sie nicht nur Aufpuß sind oder ob es bloß dem im Landtage herrschenden Formalismus entspricht, oder daß sie einen Deckmantel für den Kern der Sache, die Vereinbarung wegen Ausschließung der Obstruktion, bilden. Ich gestatte mir daher die Anfrage an den Landeshauptmann, ob dies wahr ist, daß die Ausschaltung der Obstruktion nur für die kurze Tagungszeit und nach dem bekannten Programme zugestanden wurde, es dann davon abhängen würde, ob überhaupt die Verhandlung über die übrigen Zuweisungen möglich ist. Zugleich muß man sich fragen, ob die jetzt in Verhandlung stehende Vorlage dem Landeskultur-Ausschusse zuzuweisen sei, ob es nicht zweckmäßiger und der Sache entsprechender wäre, wenn man sie dem Politischen Ausschusse zuweisen würde. (Abg. Dr. Schacherl: „Sehr gut!“)

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall.

Ich stehe nicht an, die Anfrage des Herrn Abg. Reisel, soweit ich es überhaupt kann, sofort zu beantworten. Ich muß vorausschicken, daß ich durch meine Ausführungen mich ganz fern davon befinde, irgend

jemanden verletzen zu wollen. Ich kann aber doch nicht umhin, auszusprechen, daß ich jede Obstruktion in einer parlamentarischen Körperschaft für ein großes Übel erachte, das in dieser Körperschaft auftritt. Ich habe persönlich gar keine Verhandlungen mit den Parteien geführt und habe nur zur Kenntnis genommen, daß zwischen den Parteien Verhandlungen gepflogen worden sind und daß man sich vereinbart hat, wenn der Landtag wieder zusammenberufen wird, gemeinsam an die Arbeit zu gehen und in erster Linie dieses Programm, welches ja, wie wir alle wissen, dadurch bekannt geworden ist, daß es in vollkommen gleichlautendem Texte in den Tagesblättern von Graz erschienen ist, zuerst dieses Programm in Arbeit zu nehmen. Ich habe es mit Freuden begrüßt, daß der Landtag nach einer mehr als eineinhalbjährigen Pause wieder in die Lage gekommen ist, Sitzungen abzuhalten, von denen zu erhoffen ist, daß sie zur Ausführung der dem Landtage obliegenden Arbeiten werden Verwendung finden. Mit jenen Herren, die bisher durch die Obstruktion den Landtag in der Ausführung seiner Arbeiten in den letzten Tagungen, das ist im Jänner 1912, damals eigentlich nicht verhinderten, weil die Sitzung früher abgebrochen wurde, bevor wir zur Tagesordnung geschritten waren, habe ich keine Vereinbarungen getroffen, und ich kann nur sagen, daß ich hoffe, daß dieser kurzen achttägigen Tagung, zu der der hohe Landtag jetzt versammelt ist, etwas später noch eine längere, fruchtbare Tagung folgen werde. (Beifall.)

Abg. **Dr. Schacherl** (A. W. Bruck): Die Antwort, welche Seine Excellenz der Herr Landeshauptmann gegeben hat, erinnert mich lebhaft an einige Szenen in einem Volksstücke, ich weiß nicht von Raimund oder Mestroy, in dem ein Zefises vorkommt und, so oft er etwas gefragt wird, immer sagt: „Ich bin dein Vater Zefises und habe dir nichts zu sagen als dieses!“ und dann verschwindet. Die Antwort ist vollständig inhaltlos und es ist bloß die Hoffnung geblieben, daß dieser achttägigen Tagung eine spätere folgen werde. Von solchen blässen Hoffnungen bin ich aber nicht und ist niemand befriedigt. Damit ist uns nicht gedient, wir wollen wissen, was wir im Landtage noch arbeiten dürfen mit Ausnahme der Erhöhung der Biersteuer, der slowenischen Schule und der anderen Punkte im Kompromisse, welche vorgelegt worden sind. Wir wollen wissen, was Dr. Korosec und Dr. Benkovič uns noch gestatten, auch sonst noch zu arbeiten, ob nach diesen acht Tagen, wenn sie verstrichen sind, weitere Verhandlungen mit dem Slovenski-Klub geführt werden müssen, um dann für eine neue Session für 14 Tage gewisse Zugeständ-

nisse herauszuquetschen. Wir wollen Klarheit haben, ob dieses Kompromiß abgeschlossen wurde bloß für acht Tage, oder ob der Landtag weiterhin arbeiten kann oder bloß die Biersteuererhöhung und die Errichtung slowenischer Schulen durchführen soll und dann einfach nicht mehr zusammenkommt, sondern seine Auflösung erfolgen soll. Es ist gewiß für jeden Abgeordneten von größter Wichtigkeit, darin klar zu sehen und deswegen wurde die Anfrage gestellt, und da darauf Seine Excellenz die Antwort gegeben hat, er war bei den Verhandlungen nicht beteiligt, was für die Verhältnisse im Landtage charakteristisch ist, ist es notwendig, daß von anderer Seite die Aufklärung gegeben und der Bevölkerung und dem Landtage die Beruhigung gegeben wird, daß nicht, wenn die acht Tage vorbei sind, neuerdings Konzessionen an die slowenische Partei gegeben werden müssen, um die Arbeitsfähigkeit des Landtages für den Winter wieder zu erkaufen. Da eine befriedigende Auskunft nicht erfolgte, werden wir nicht für die Zuweisung dieses Berichtes an den Ausschuß stimmen, außer wenn Sie dafür wären, daß diese eminent politisch-nationale Angelegenheit dem politischen Ausschusse zugewiesen wird.

Landeshauptmann: Es meldet sich keiner der Herren zum Worte, ich erkläre daher die Debatte für geschlossen und möchte den Herrn Grafen **Attems**, als Berichterstatter des Landes-Ausschusses, befragen, ob er ein Schlußwort zu nehmen wünscht, nachdem er sich hiezu angemeldet hat.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Franz Graf Attems:** Ich habe mich nur zum Schlußworte gemeldet, weil ich glaube, die Ausführungen der Herren Abgeordneten **Keserl** und **Dr. Schacherl** dahin auffassen zu müssen, daß ein Gegenantrag gegen den Antrag des Landes-Ausschusses bezüglich der Zuweisung gestellt wurde.

Ich fasse die Sache doch so auf, daß, obwohl es nicht ausdrücklich gesagt wurde, von Herrn Abg. **Keserl** der Antrag gestellt wurde, die Angelegenheit der Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauern-töchter mit slowenischer Unterrichtssprache in **Sankt Georgen** an der Südbahn dem politischen Ausschusse zuzuweisen. (Landes-Ausschußbeisitzer **Dr. Hofmann v. Wellenhof:** „Es besteht gar kein politischer Ausschuß!“ — Abg. **Keserl:** „Dann wird er sich eben konstituieren!“) Ich glaube, daß zu einer solchen Zuweisung keine Veranlassung vorhanden ist. Man könnte streiten, ob dieser Gegenstand nicht besser dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen wäre, die Herren aber, welche die Vorlage einer Durchsicht unterzogen haben, haben wahrgenommen, daß die finanziellen

Mittel des Landes nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es wird allerdings von Seiten des Landes auch ein gewisser Beitrag für den Betrieb der Schule geleistet werden müssen. Dieser Beitrag wird aber nicht höher sein, als jene Beiträge sich beziffern, welche gegenwärtig für die Ferienkurse, welche bereits bestehen, aufgewendet werden.

Darüber hinaus wird das Land nicht engagiert werden. Wohl aber ist es von größter Wichtigkeit für das fernere Gedeihen der Haushaltungsschule für Bauerntöchter in St. Georgen, daß in reifliche Erwägung gezogen werde, wie diese Schule einzurichten und zu organisieren sei.

Wir haben bereits zwei ähnliche Anstalten in Grabnerhof für das Oberland und eine für das Mittel-land, welche in Maria-Trost aus privaten Mitteln errichtet, aber vom Lande und hauptsächlich vom Staate subventioniert wird.

Diese beiden Schulen weisen ganz verschiedene Organisationen und Einrichtungen auf, und es wird sich fragen, in welcher Art und Weise soll diese Schule in St. Georgen organisiert werden.

Es wird sich weiters fragen, in welcher Weise soll der Zusammenhang dieser Schule mit der Landes-Ackerbauschule hergestellt werden? Es handelt sich um eine rein fachliche Frage und von diesem Gesichtspunkte aus glaubte der Landes-Ausschuß beantragen zu sollen, daß dieser Gegenstand dem Landeskultur-Ausschusse, dem die Vorberatung und die Entscheidung über solche Angelegenheiten obliegt, zugewiesen werde.

Ich hoffe, daß aus dieser Schule nicht ein politischer Gegenstand gemacht werde und der Landes-Ausschuß wird diese Schule ebenso wie die anderen, der Landeskultur dienenden Lehranstalten, nicht vom politischen, sondern nur vom sachlichen Standpunkte betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann: Gegenüber dem Antrage des Herrn Berichterstatters des Landes-Ausschusses Franz Grafen Attems hat der Herr Abg. Dr. Schacherl den Antrag gestellt, die in Rede stehende Vorlage dem politischen Ausschusse zuzuweisen.

Dieser Antrag bedarf meiner Ansicht nach nicht der Unterstufungsfrage, weil es sich bei der Abstimmung zeigen wird, welcher Auffassung die Mehrheit des hohen Hauses beitrifft.

Es wurde, wenn ich mich nicht irre, früher auch die Bemerkung gemacht, daß ein politischer Ausschuß nicht bestünde; er ist bereits gewählt, weil hier in dem Protokolle über die 4. Sitzung dessen Konsti-

tuierung berichtet wurde. (Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Raan: „Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten!“) Nein, ein eigener politischer Ausschuß!

Ich werde bei der Abstimmung so vorgehen, daß ich den Antrag des Herrn Abg. Dr. Schacherl als Gegenantrag zuerst zur Abstimmung stelle und, falls sich für denselben die Mehrheit nicht aussprechen sollte, den Antrag des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Franz Grafen Attems zur Abstimmung stelle.

Ist hinsichtlich der Reihenfolge etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es meldet sich niemand zum Worte, ich werde zur Abstimmung schreiten.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Beilage Nr. 280 dem politischen Ausschusse zuweisen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht. — Abg. Dr. Schacherl: „Deutschnationale, auf!“) Ist abgelehnt.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Beilage Nr. 280 dem Landeskultur-Ausschusse zuweisen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Aufnahme eines Landesanlehens. (Beilage Nr. 285.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. v. Raan:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

Abg. **Dr. Rufovec:** (M.-G. Präfberg): Ich muß mich gegen die Behandlung dieses Punktes aussprechen. Ich glaube, daß das im Interesse der Ordnung der Landesfinanzen dringend notwendig ist.

Die Erscheinung, daß eine dauernde Schuld dem Lande aufgehalst werden soll, ist eine Erscheinung, welche vom Verfall der Landesfinanzen zeugt.

Der Verfall der Landesfinanzen kann nur der Vorbote sein für den Verfall der Landesautonomie.

Wir müssen vorsichtig sein, dauernde Schulden aufzunehmen; in der letzten Zeit ist vielfach der Grundsatz ausgesprochen worden, daß die Lahmlegung des Landtages die Ursache sei, weshalb eine schwebende Schuld von 16 Millionen Kronen erwachsen ist.

Dies ist nicht ohneweiters einzusehen!

Man hat gesagt, daß die Obstruktion gute Folgen habe, daß der Sparfönn des Landes-Ausschusses angeregt werde; tatsächlich ist gespart worden: aus dem

Berichte, welchen uns der Landes-Ausschuß schriftlich vorgelegt, geht diese Spartätigkeit zur Genüge hervor.

Aus dem Berichte für die Gewährung von Weinbaudarlehen geht hervor, durch zehn Jahre sind je 200.000 K an die Weinbautreibende Bevölkerung verteilt worden.

In den letzten Jahren seit 1909 sind diese Darlehen gänzlich ausgeblieben, es sind also 800.000 K erspart worden.

Man sollte glauben, daß der Landeshaushalt nicht mit einem Defizit von 16 Millionen Kronen endet, sondern etwas Ersparnisse aufgespeichert habe. Das selbe gilt vom Berichte des Landes-Ausschusses über die Auszahlung von Straßensubventionen an die Bezirke.

Auch dort heißt es, daß im Oktober 1908 ein Beschluß durch den Landtag gefaßt wurde, demzufolge eine halbe Million Kronen jährlich an die Bezirke zu verteilen sei, damit Straßen erhalten, beziehungsweise neue gebaut werden können.

Wir erfahren nun aus dem Berichte, der uns vorgelegt wurde, daß durch fünf Jahre kein Kreuzer an die Bezirke zu diesem Zwecke ausbezahlt werden konnte.

Es müssen daher einige Millionen erspart worden sein.

Der Antrag des Landes-Ausschusses geht auch dahin, daß in Zukunft die Subventionen an die Bezirke nur für die kommenden Perioden zu erfolgen seien, nicht, was verabsäumt wurde, soll nachgeholt werden, — ebenfalls ein schöner Punkt, wo zum Ersparen viel Gelegenheit gewesen ist.

Man kann keinen Grund finden, wie so die schwebende Schuld von 2 auf 16 Millionen gestiegen sein kann.

Man wird mir einwenden, dies sei auf den Neubau des Krankenhauses zurückzuführen.

Diesbezüglich äußert sich der Landes-Ausschuß, daß 6 Millionen notwendig waren.

Ich glaube gern, daß diese Institution, die nicht nur für die gegenwärtige, sondern auch für die zukünftige Generation bestimmt ist, nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden konnte, daß zur Deckung dieser Institution dauernde Anlehen aufgenommen werden mußten.

Wo sind aber die übrigen 10 Millionen Kronen?

Wir wissen von keiner Operation des Landes-Ausschusses, von keiner Neugründung von für die Bevölkerung wichtigen und nützlichen Investitionen, welche durch dauernd fundierte Darlehen gedeckt werden sollen.

Man wird, wenn man auf die abgelaufene Periode des Landtages zurücksieht und auf die Tätigkeit des Landes-Ausschusses, nirgends einen Fall finden, wo die laufenden Verwaltungsausgaben des Landes durch die Aufnahme von fundierten Schulden bedeckt worden sind.

Investitionen sind auf diese Weise jedenfalls zur Bedeckung gekommen, die laufenden Spesen niemals.

Wir müssen es uns sehr überlegen, in den Fehler zu verfallen, für die laufenden Auslagen dauernde Darlehen zu bewilligen und dem Landes-Ausschusse die Bewilligung zu erteilen, diese aufzunehmen.

Das Natürliche ist, daß für die eventuell wachsenden Auslagen neue Einnahmen geschaffen werden.

Logisch ist, daß auch neue Steuern gesucht und eine Erhöhung der bestehenden vorgenommen werde.

Wenn die laufenden Auslagen durch die bewilligten Steuern nicht gedeckt werden, wie kommt der zukünftige Landtag dazu, die laufenden Auslagen, welche das Land in den letzten Jahren hatte, durch eine fundierte Schuld bedeckt zu finden und die Zinsen bezahlen zu müssen.

Wenn dieses Beispiel in Zukunft nachgeahmt werden sollte, so kommen wir zu Verhältnissen, welche ganz unhaltbar sind.

Aus diesem ganz natürlichen Grunde kann man keinen Anlaß sehen, dem Landes-Ausschusse die Bewilligung zu erteilen, für die so hoch angeschwollene schwebende Schuld ein fundiertes Darlehen aufzunehmen und die schwebende Schuld zu konvertieren.

Aus dem Berichte des Landes-Ausschusses geht hervor, daß diese Sache nicht so eilig ist; es heißt in diesem Berichte: Da jedoch beim Stande des derzeitigen Geldmarktes die Voraussetzungen fehlen, um die Konvertierung in Bälde in Angriff nehmen zu können.

Warum also der Freibrief an den Landes-Ausschuß, diese Konvertierung doch vornehmen zu können, wenn die Voraussetzungen gar nicht gegeben sind?

Und sollte sich ein billiger Geldgeber einstellen, was ich gar nicht erwarte, so handelt es sich um die kurze Spanne Zeit von zwei Monaten, wo dann der Landtag durch längere Zeit wieder arbeiten wird.

Warum sollte das nicht möglich sein, da die heutige Abstimmungsmaschine so gut funktioniert?

Ich weiß kein Geheimnis — aber für meine Person muß ich annehmen, daß eine Arbeitsfähigkeit des Landtages möglich sein wird; dieselbe wird möglich sein, wenn die Parteien des Landtages ohne Ausnahme den Willen besitzen, die Voraussetzungen hierzu zu verschaffen.

Hiezu wird keine große nationale Konzession notwendig sein!

Der Landtag wird den Slowenen keine nationalen Konzessionen zu geben in der Lage sein und die Slowenen brauchen auch keine nationalen Konzessionen, diese Bedingungen werden sie sich selbst schaffen. Wenn es sich um kulturelle Anliegen handelt und wirtschaftliche Angelegenheiten, wie Abg. Dr. v. Kaan sich so schön ausgesprochen hat, so bitte ich, meine Herren, sich kulturelle Forderungen vor Augen zu halten. Ich kann nicht unwidersprochen lassen, daß hier in der Öffentlichkeit und in Zeitungen von großen kulturellen Errungenschaften der Slowenen gesprochen wird, glaube vielmehr, daß dieses Wort nicht passend ist, und daß es sich überhaupt um keine Gnadenspenden, um keine ungerechtfertigten Zuwendungen handelt, sondern um Bewilligung dessen, was den kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Landesteile entspricht. (Abg. Kessel: „Schon lange, nicht erst jetzt!“) Ich gebe zu, betreffend die Haushaltungsschule, beziehungsweise Errichtung einer Bürgerschule mit slowenischer Unterrichtssprache, von Konzessionen auf kulturellem Gebiete zu sprechen ist wohl auch nicht am Platze und nicht wahr. Wenn die Grazer an Bürgerschulgebäuden in Graz vorüberspazieren, so werden sie nicht die Empfindung haben, daß das eine kulturelle Konzession für die Grazer ist, denn jeder empfindet und weiß es selbst, wie notwendig die Volksschule ist, so ist auch die etwas besser organisierte Bürgerschule — eine Notwendigkeit der Bevölkerung. Es ist dies eine Brotfrage und keine kulturelle Frage im eigentlichen Sinne des Wortes. Noch viel weniger kann man von Hebung der Kultur sprechen, wenn dem Wunsche nach Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter Rechnung getragen wird.

Ich bitte, dieses Wort von kulturellen Konzessionen kann auch nicht wörtlich genommen werden, es ist einigermaßen abgeschmact, hier von kulturellen Konzessionen an die Slowenen zu sprechen, wenn neben so vielen Bürgerschulen, wie sie am Lande für notwendig erachtet werden, eine Bürgerschule mit slowenischer Sprache erst gegründet werden soll.

Es ist um so mehr abgeschmact, von einer Konzession zu sprechen, wenn man bedenkt, daß heutzutage Slowenen nicht einmal in deutschen Bürgerschulen lernen dürfen. In Gills habe ich vor einigen Tagen geradezu einen unerhörten Fall erfahren, nämlich, daß an der dortigen Handelsschule, welche der Mädchenbürgerschule angegliedert ist, die Kinder der Umgebung, beziehungsweise deren Eltern, 100 K Schulgeld zahlen müssen, während städtische Kinder vom Schulgelde be-

freit sind, was selbstverständlich ist, weil (Zwischenruf: „Ja, gehört denn dies hieher?“)

Aus diesem unerhörten Falle geht doch hervor, daß es sich nur um ein zwingendes Bedürfnis der Eltern handelt, welche ihren Kindern mehr als das ABC lernen lassen wollen und daher für die Weiterentwicklung der Volksschulen die Bürgerschulen ins Leben gerufen wissen wollen.

Landeshauptmann: Ich bitte den Herrn Redner, darauf Rücksicht zu nehmen, daß wir uns mit der Frage betreffs Aufnahme eines Landesanlehens beschäftigen, welche Vorlage nach Antrag des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. v. Kaan dem Finanz-Ausschusse zugewiesen werden soll.

Abg. Dr. Kufovec (fortfahrend): Nun, was diesen Antrag betrifft, so glaube ich, daß es nicht so eilig ist, die Sache zu behandeln, und auch nicht praktisch. Die Oppositionsparteien sollten dem Landes-Ausschusse nicht einen Freibrief erteilen, daß er selbstverschuldete schwebende Schulden abwälzen könne, um jeden Augenblick wieder neue schwebende Schulden machen zu können.

Wer die Arbeitsfähigkeit des Landtages will, der wird dem Landes-Ausschusse diesen Freibrief für schwebende Schulden nicht in die Hand geben, da derselbe dann in Zukunft keinen Anlaß mehr finden wird, unter der Kontrolle der Volksvertretung zu arbeiten, wenn er den Platz frei bekommt, an Stelle der bisherigen Schulden neue Schulden aufzunehmen.

Ich beantrage daher, über diesen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen und finde auch keine Eile zur Behandlung dieses Gegenstandes.

Landeshauptmann: Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet, ich erkläre daher die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Kaan das Schlusswort.

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Kaan: Herr Dr. Kufovec hat die gegenständliche Vorlage dazu benutzt, um die früher abgeschlossene, an die Errichtung der Haushaltungsschule in St. Georgen a. d. Südbahn geknüpft Debatte, allerdings aus einem andern Gesichtswinkel, wieder aufzunehmen. Darauf werde ich natürlich nicht eingehen, sondern mich nur auf einige ganz kurze sachliche Aufklärungen zu dem Antrage des Landes-Ausschusses beschränken. Herr Dr. Kufovec hat bereits hervorgehoben, daß von der zur Konvertierung beantragten schwebenden Schuld im Höchstbetrage von 10,000.000 K ein Teil auf die zum Krankenhausneubau, und zwar auf Grund eines Landtagkredites beschafften 6,200.000 K entfällt. Es ist

dies das Anlehen bei der Allgemeinen Pensionsanstalt mit 2.000.000 K, welches mit 6 Prozent im vorhinein verzinslich ist. Weiters kommen aber auch für die Konvertierung Anlehensbeträge in Betracht, welche schon vor dem Jahre 1909 entstanden sind, nämlich ein dermalen mit etwa 7 Prozent verzinslicher Kredit bei der Eskomptebank im Teilbetrage von etwas über 700.000 K und weiters ein vom Landtag bewilligter Kredit für Bauten in Rohitsch-Sauerbrunn im Betrage von 500.000 K, der mit dem Betrage von zirka 470.000 K ausgenutzt ist. Das gibt zusammen rund 3.200.000 K, die restlichen 6.800.000 K, worin eine Marge von zirka 1.400.000 K enthalten ist, entfallen allerdings teilweise auf das Anwachsen der schwebenden Schuld, aus Abgängen der laufenden Gebarung, teilweise aber auch auf Investitionen, die unter normalen Verhältnissen durch fundierte Kredite bedeckt worden wären. Nun, meine Herren, ich glaube, es wäre, gelinde gesagt, eine Heuchelei, wenn irgendjemand in diesem hohen Hause die Illusion erwecken wollte, daß dieser durch die Nichtbewilligung der für die pflichtgemäßen und unabweislichen Ausgaben des Landes erforderlichen Bedeckung entstandene Abgang ausschließlich im Wege der Erhöhung der Landesumlagen hereingebracht werden könnte.

Ich glaube, einen Landes-Ausschuß, der einen solchen Antrag bringen würde, was zu einer vielleicht 100prozentigen Umlagenerhöhung führen müßte, würde man — verzeihen Sie mir den unparlamentarischen Ausdruck — mit nassen Fetzen hinauszagen. Ich kann auch nicht annehmen, daß es in der Absicht des Herrn Dr. Kufovec liegt, der Bevölkerung eine solche Belastung aufzubürden, und glaube ihm nicht nahezutreten, wenn ich sage, daß dieser Teil seiner Ausführungen von ihm selbst nicht ernst gemeint sein konnte. Wir stehen einmal einer schwebenden Schuld gegenüber; das zu untersuchen, warum und mit welchem Rechte sie entstanden ist, werden die Herren bei der Beratung und Beschlußfassung über die vorliegenden Rechnungsabschlüsse seinerzeit Gelegenheit haben, und ich werde mich daher auf diesen Punkt nicht weiter einlassen. Was ich aber noch hervorheben möchte, ist folgendes: Es ist durch die ungeahnte Verteuerung des Zinsfußes eine schwere Mehrbelastung des Zinsendienstes des Landes rücksichtlich seiner schwebenden Schulden eingetreten. Es ist die Pflicht des Landes-Ausschusses, der für eine ordentliche und wirtschaftliche Verwaltung des Landesvermögens verantwortlich ist, alles vorzulehren, was an ihm liegt, um eine Erleichterung dieser finanziellen Last des Landes herbeizuführen. Die einzige Möglichkeit besteht nun darin,

bei sich darbietender Gelegenheit diese hochverzinslich schwebenden Schulden in ein niedrigverzinsliches, fundiertes Anlehen zu konvertieren. Die Aufnahme eines größeren langfristigen Landesanlehens ist übrigens damit nicht gemeint, denn dafür würden sich die Verhältnisse des Geldmarktes in absehbarer Zeit kaum als geeignet erweisen. Aber es wird vielleicht möglich sein, ein nennenswertes Zinsersparnis durch Aufnahme eines verbrieften oder auch hypothekarisch sichergestellten Darlehens zu erzielen, wenn auch nur eine vorübergehende Erleichterung des Geldmarktes eintritt. Wenn wir schließlich nur 1½ Prozent Zinsen ersparen, so gibt das bei einem Betrage von 8.000.000 K eine Summe von 120.000 K jährlich, die im Budget des Landes schon ins Gewicht fallen würden. Der Landes-Ausschuß hat einfach die Pflicht, diese Möglichkeit offenzuhalten, um sie gegebenenfalls ausnützen zu können. Heute kann gewiß niemand prophezeien, wie sich die Entwicklung des Geldmarktes gestalten wird, die ja von vielen schwer übersichtbaren Bedingungen abhängig ist. Auszuschließen ist aber die Möglichkeit einer Besserung nicht, und es wäre daher unverantwortlich vom Landes-Ausschusse, wenn er nicht dem Landtage zur Erteilung einer solchen Ermächtigung Gelegenheit geben würde, um einen günstigen Zeitpunkt ausnützen zu können. Etwas anderes beinhaltet der Antrag nicht, er präjudiziert namentlich in keiner Weise der Prüfung und Genehmigung der Geschäftsgebarung des Landes-Ausschusses in der hinter uns liegenden Periode, welche durch die Genehmigung der Rechenschaftsberichte und der Rechnungsabschlüsse zu erfolgen hat. Ich halte meinen Zuweisungsantrag aufrecht und bitte demselben mit Rücksicht auf die von mir angeführten Erwägungen zuzustimmen! (Beifall.)

Landeshauptmann: Herr Abg. Dr. Kufovec hat den Wunsch ausgesprochen, daß über diesen Gegenstand zur Tagesordnung übergegangen werde. Ich glaube, daß eine Abstimmung über diesen Wunsch nicht stattzufinden habe und daß diejenigen Herren, welche den Antrag des Herrn Berichterstatters des Landes-Ausschusses annehmen wollen, sich für diese Zuweisung aussprechen, und jene Herren, welche der Anschauung des Herrn Dr. Kufovec sind, dagegen stimmen werden. Ist hiezu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche demnach jene Herren, welche nach Antrag des Herrn Berichterstatters des Landes-Ausschusses, betreffend die Aufnahme eines Landesanlehens (Beilage Nr. 285), dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuweisen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Die Zuweisung an den Finanz-Ausschuß ist beschlossen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf eines Teiles der früher für das allgemeine Krankenhaus in Verwendung gestandenen Liegenschaften (N.Nr. 15 in der Paulustorgasse). (Beilage Nr. 286.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. v. Naan**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Tuberkuloseheilstätte für Frauen und Kinder. (Beilage Nr. 287.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. v. Naan**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, beziehungsweise Gnadenpensionen an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen.

(Beilage Nr. 289.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann v. Wellenhof**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Die Tagesordnung ist erledigt. Die während der Sitzung mir übergebenen Anträge und Interpellationen werde ich das nächstemal zum Vortrage bringen.

Die nächste Sitzung beantrage ich für morgen Dienstag, den 14. Oktober 1913, mit dem Beginne um 10 Uhr vormittags.

Auf die

Tagesordnung

beantrage ich zu setzen:

1. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition der steiermärkischen Ärztekammer um einen Zuschuß zum Unterstützungsfond für hilfsbedürftige, erwerbsunfähige Witwen und Waisen von Ärzten. (Beilage Nr. 36.)

2. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhöhung der Subvention für die Vornahme der Schutzimpfung gegen Rotlauf der Schweine. (Beilage Nr. 84.)

3. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an den landschaftlichen Hausmeister und Hausarbeiter Johann Jofst. (Beilage Nr. 89.)

4. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Trennung der Gemeinde Wies. (Beilage Nr. 137.)

5. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Teilung der Ortsgemeinde Wies. (Beilage Nr. 223.)

6. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition Nr. 80 ex 1910 des Aufsichtspersonales der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt Messendorf um Gleichstellung der Bezüge mit jenen der Aufsichtsorgane in den k. k. Strafanstalten, um Erhöhung des Taggelbes der Aushilfsaufseher sowie um Erleichterungen im Nachtdienste und Sonntagsdienste. (Beilage Nr. 189.)

7. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die nachträgliche Genehmigung für die Gewährung einer Gnadenpension an den Hauptschubführer Johann Winkler und die Hauptschubführerswitwe Anna Winkler sowie einer Bezugserhöhung für die Hauptschubführer David Holzmann und Karl Kupfer. (Beilage Nr. 211.)

8. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Marktgemeinde Obdach im gleichnamigen Gerichtsbezirke um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 230 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 246.)

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Lind im Gerichtsbezirke Neumarkt i. St. um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 170 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 247.)

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1911 und des Voranschlages für das Jahr 1913 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds. (Beilage Nr. 250.)

11. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Frattenberg im Gerichtsbezirke Mureck um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 200 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 252.)

12. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbachwald im Gerichtsbezirke Trdnung um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 174 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 255.)

13. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung von Ergänzungswahlen für den steiermärkischen Landtag. (Beilage Nr. 256.)

14. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1912 und des Voranschlages für das Jahr 1914 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds. (Beilage Nr. 257.)

15. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Graden-Piber im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 250 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 260.)

16. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Ratten im Gerichtsbezirke Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 240 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 261.)

17. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Mariazell um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 72 Prozent für das Jahr 1913. (Beilage Nr. 263.)

18. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Kleinlobming im Gerichtsbezirke Knittelfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 183 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 264.)

19. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Radmer im Gerichtsbezirke Eisenerz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 198 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 265.)

20. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hirsch-

egg-Rein im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 230 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 266.)

21. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hirschegg-Piber im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 215 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 267.)

22. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Rot im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 197 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 268.)

23. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wefina im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 175 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 269.)

24. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Sulzbach im Gerichtsbezirke Oberburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 270.)

25. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Anwendung der die Verbesserung der materiellen Bezüge und Vorrückungsverhältnisse der Staatsangestellten betreffenden Bestimmungen der Dienstpragmatik für die Staatsangestellten auf die Angestellten des Landes. (Beilage Nr. 294.)

26. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Anträge, Landtagsbeilagen Nr. 274, 392, 397, 434, 444, 455, 499, 507, 534 der IV. Session der IX. Landtagsperiode und die Petitionen Nr. 371, 372, 541, 636, 709, 738, 746 und 740 der IV. Session der IX. Landtagsperiode, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen in Eggenberg, Leoben, Rottenmann, Graz (rechtes Murufer), Graz (für den Umgebungsbezirk), Marburg, Mürzzuschlag, Tri-fail, St. Georgen an der Südbahn, Sachsenfeld und Donawitz. (Beilage Nr. 295.)

Ist hinsichtlich des von mir für die Abhaltung der nächsten Sitzung in Vorschlag gebrachten Tages, der für den Beginn der Sitzung in Aussicht genommenen Stunde und der mitgeteilten Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn sich keiner der Herren zum Worte meldet, so bleibt es dabei.

Ich habe bekanntzugeben, daß der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten heute nach der Hausitzung eine Sitzung abhält. Auf der Tagesordnung stehen Zuweisungen.

Weiters habe ich bekanntzugeben, daß der Finanz-Ausschuß heute eine Sitzung abhält mit dem Beginne um 4 Uhr nachmittags im Bureau des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers v. Feyrer.

Weiters habe ich darauf aufmerksam zu machen, daß der Ausschuß, welcher sich aus den Mitgliedern des Finanz-Ausschusses und des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten zusammensetzt, sich noch nicht konstituiert hat. Ich möchte daher bitten, diese

Konstituierung baldigst vorzunehmen und mir mitteilen zu wollen, damit ich dem hohen Hause berichten kann, und andererseits die dem kombinierten Ausschusse zugewiesenen Vorlagen an denselben leiten kann.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist das nicht der Fall.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Minuten nachmittags.)

[Faint, illegible text from the reverse side of the page, appearing as bleed-through.]